



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

26.05.1932 (Nr. 109)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 26. Mai 1932 • Nummer 109

Unsere Parole:

Jeder mirbt einen neuen
Bezieher für die B. N. Z.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domscheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 38 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Auslieferung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Fernfall RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengedruckte RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.04. Platzvorchriften ohne Verbindlichkeit.

Wir schaffen Ordnung

Organisierter Landfriedensbruch der marxistischen Fraktionen
Der preußische Landtag wird in Notwehr reingefegt

In 3 Minuten ein Trümmerfeld

Nachdem der Abg. P. Freisler die Zustände in der preußischen Rechtsprechung geäußert hat, erhält die LNZ das Wort.

Abg. P. (Komm.) wendet sich gegen die deutschen Richter. Nationalsozialistische Richter hätten nur sieben Jahre Zuchthaus bekommen, die Kommunisten aber wegen politischer Tätigkeit in der Reichswehr zehn Jahre Zuchthaus. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Noch nicht genug! — Erregte Zurufe der Kommunisten.) Abg. P. (Komm.) ruft den Nationalsozialisten zu:

In Ihren Reihen sitzt eine ungeheure Zahl von Mördern.

Darauf erhebt sich bei den Nationalsozialisten ungeheurer Lärm. Nationalsozialistische Abgeordnete drängen nach vorn. Die Kommunisten flüchten hierauf auf die Rednertribüne und umgeben ihren Redner. Sie stoßen wilde Drohungen gegen die Nationalsozialisten aus und überschütten sie mit Beleidigungen.

Als der Abg. Hintler (Nat.-Soz.) die Treppe zur Rednertribüne betritt, wird er von einem kommunistischen Abgeordneten ins Gesicht geschlagen. Im gleichen Augenblick liegt ein Tintenfaß in die nationalsozialistischen Reihen. Hierauf setzen sich die Nationalsozialisten zur Wehr. Stühle und Tischplatten werden als Waffen und Wurfgeschosse benutzt. Die Kampfen der Senatspräsidenten werden getrübt. Im Verlauf der Schlägerei werden die Kommunisten von den Nationalsozialisten aus dem Saal getrieben. Vizepräsident Baumhoff hatte während der Schlägerei seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen. Die nationalsozialistischen Abgeordneten singen das Lied: „W. marschier!“ Die übrigen Abgeordneten verlassen den Saal.

Nach der Schlacht

Der Sitzungssaal des Preussischen Landtages bot nach der Schlacht einen wüsten Anblick. Schwere Lederstühle, Tischplatten, zerbrochene Lampen und ein Lohrweidenstuhl von Papier, Abstimmungskarten und was sich sonst in den herausgerissenen Kästen der Arbeitsplätze der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders um den kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Hauses her kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern.

In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriß, das sich auf den Wandelgängen des Tribünenhofes versammelt hatte, wo es beinahe zu einer Fortsetzung der Schlägerei gekommen wäre, wenn die Beamten des Hauses nicht eingegriffen hätten. Unten im Saalgeschloß, wo die Abgeordneten beieinanderstanden, und aufgeregt beobachteten, bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu Fraktionsitzungen zusammenzubringen. Es wurde inzwischen be-

Erklärung der NS.-Fraktion

Berlin, 25. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages gibt zu den Vorgängen in der Mittwochs-Sitzung eine längere Erklärung heraus, in der es u. a. heißt:

Die kommunistische Partei hatte es offenbar, wie das schon die Sitzung am Dienstag unter Hinweis bewies, auf eine bewußte Provokation der nationalsozialistischen Fraktion abgesehen. Der ehrenwürdige 83jährige General wurde mit beschimpfenden Zurufen wie „Alter Trottel“, „Kriegsschieber“, „Nazischwein“ überschüttet. Da die kommunistische Fraktion mit ihren Anpöbelungen nicht zum gewünschten Ziel kam, versuchte sie es auf andere Weise und steigerte ihre Herausforderungen, daß sie zusammen mit prominenten Mitgliedern der SPD, während der Debatte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der preussischen Polizei, und Mitgliedschaften ein hervorragendes Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion, den Oberleutnant Schulz, als Mörder beschimpfte, ohne daß der amtierende Präsident Baumhoff (Zentrum) wohl infolge Unkenntnis der Namen der betreffenden Abgeordneten einschreiten konnte. Der kommunistische Pöbel verfiel in seinen Beleidigungen so weit, daß er die nationalsozialistische Bewegung als „Mörderpartei“ hinstellte.

Es folgt dann eine Darstellung der bekannten Vorgänge, wobei hervorgehoben wird, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion den

Kommunisten tätigen Beistand geleistet hätten.

„Wir haben“, so führt die Erklärung fort, „durch unser diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochs-Sitzung bewiesen, daß wir den preussischen Landtag arbeitsfähig erhalten wollen. Wir hätten uns auch nur mit parlamentarischen Mitteln dagegen zur Wehr gesetzt, daß unserer Partei vorgeworfen wurde, es säßen in unseren Reihen eine ungeheure Anzahl von Mördern und sei sie eine Mörderpartei. Als man aber unsere Fraktionsgeschäftsführer hinter ohne jeden Vorbehalt mitten ins Gesicht schlug, als die Fraktion von den kommunistischen Hausbolden mit Wurfgeschossen aller Art bombardiert wurde, da blieb uns nichts anderes übrig, jenseit der amtierenden Vizepräsidenten die Sitzung bereits aufgehoben hatte, als zu dem auch strafrechtlich anerkannten und erlaubten Mittel der Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der marxistischen Fraktionen zu greifen.“

Die LNZ ist, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, entschlossen, nur mit gesetzmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Gewalt entgegensetzt, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, wie in ihren Versammlungsstätten und auf der Straße, so auch im Parlament, unter der Zusage der Fraktion der gesetzlich zulässigen Notwehr die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen.

Kommunisten stürmen in Hamburg

Hamburg, 25. Mai. Am Mittwochsabend kam es auf dem Jungfernstieg zu schweren Ausschreitungen. Arbeiter und kommunistische Elemente. Ein Zug von mehreren tausend Personen zog unter fortwährenden „Hunger“-Rufen durch die genannte Straße. Vor dem Alsterpavillon ergrißen die Demonstranten Stühle und Tische und schleuderten sie gegen die großen Spiegelscheiben des gutbesetzten Lokals. Um die Menschenmengen am Eindringen zu verhindern, nahmen vier Polizeibeamte mit gezogenen Messern an den Eingängen Aufstellung, bis drei Häftlingsbereitschaften zur Stelle waren. Die Straßen wurden darauf mit dem Gummimittel besprüht. Die Polizei nahm etwa zwanzig Verhaftungen vor.

In den Großen Bleichen wurde ein Polizeibeamter von der Menge umzingelt. Er gab in der Notwehr einen Schuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde. Der Alsterpavillon wurde vorübergehend geschlossen. Auch die am Jungfernstieg gelegenen zahlreichen Geschäfte machten zu, da Plünderungen befürchtet wurden. Die Fenstergehänge zweier Bäder wurden ebenfalls eingeschlagen. Mehrere den Jungfernstieg passierende elegante Privatautomobile wurden von der erregten Menge angehalten und umgelenkt, nachdem die Insassen die Wagen verlassen hatten. Feuerwehre richtete die beschädigten Wagen wieder auf.

Ein zweiter Überfall in Hamburg NS.-Lokal von Kommune beschossen

Zu der Mittwochsnacht rotteten sich gegen 12 Uhr ungefähr 150 Kommunisten und Reichsbannerleute zusammen, um ein NS.-Lokal im Eppendorferweg zu stürmen. Bevor überhaupt die Polizei benachrichtigt werden konnte, trafen mehrere Feuerkugeln, die teilweise die Fenster durchschlugen und in den Wänden festschnitten. Die Polizei hat natürlich keinen der Täter dingfest machen können.

nicht schmelzen. Wenn z. B. gerufen wird „Mörder mit den talferischen Generalen“, so wird davon auch betroffen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. (Zurufe und Lachen bei den Kommunisten.) Wenn ich möchte, wer diesen Ausdruck gebraucht hat, würde ich entsprechende Maßnahmen dagegen ergreifen lassen. (Zuruf bei den Kommunisten: Die ganze Fraktion!) Das spricht nicht für Ihre Fraktion. (Erneutes Lachen bei den Kommunisten.)

Das Haus wendet sich dann der Wahl des Präsidiums zu. Hierzu erklärt zunächst Abg. Lohse (Nat.-Soz.) die Berechtigung seiner Fraktion, sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anzuschließen. Als größte Fraktion, so betonte er, stellen wir den Antrag, den Abgeordneten Herrn (Nat.-Soz.) zum Präsidenten zu wählen. Von dem Verhalten der übrigen Fraktionen bek-

Kerri Landtagspräsident

Kube und Freisler geißeln das System

Die zweite Sitzung des neuen Preussischen Landtages wird vom Alterspräsidenten Eymann wiederum bei vollstündiger Pause und hartem Andrang auf den Tribünen um 2.15 Uhr eröffnet. Zu beiden Seiten des Alterspräsidenten haben die Beifitzer Platz genommen. Die Regierungsbank ist auch bei der zweiten Sitzung wieder leer.

Alterspräsident Eymann erklärt: Aus der Presse habe ich erfahren, daß in der Eröffnungssitzung des Landtages von der linken Seite des Hauses während meiner Eröffnungsansprache schwere Beleidigungen ausgeprochen worden sind. Ich habe

sie nicht verstanden. (Zurufe und Lachen links.) Soweit die Beleidigungen mich persönlich angehen, ist es ausschließlich meine Sache, wie ich damit verfahren will. Ich kann mich auf den Standpunkt stellen, daß ich von den Zurufen überhaupt nicht betroffen werden kann. (Einzelne Bravo-Rufe und Händelschlägen bei den Nationalsozialisten.) — Die Kommunisten bringen ein dreifaches Nieder gegen den Alterspräsidenten aus.)

Wenn die Beleidigungen aber gegen andere Persönlichkeiten gerichtet sind, so kann ich dazu

der Wahl des Präsidenten werden wir unser Verhalten bei der Wahl der Vizepräsidenten abhängig machen.

Hg. Heilmann (Soz.) erklärt sich nicht bereit, dem parlamentarischen Brauch zu folgen, da ein nationalsozialistischer Präsident sich politisch durchsetzen würde.

Hg. Kube (Nat.-Soz.) erklärt, es sei seiner Partei bekannt, daß der Posten des Landtagspräsidenten auch politische Bedeutung habe. Die Herren der Sozialdemokratie müßten sich daran gewöhnen, daß der neue Landtag auf Grund der politischen Willensbildung der deutschen Nation ein anderes Bild habe, als der letzte. Solange Sie (zu den Sozialdemokraten) von der Demokratie reden, werden Sie sich an die Gesetze ihrer eigenen Demokratie zu halten haben. Das uns gegebene Mandat verlangt von uns, daß wir das beanspruchen, was das Volk zahlenmäßig durch die Wahl von 162 Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht hat. Die Sozialdemokratie ist die letzte Partei, die das Wort „Objektivität“ in den Mund nehmen darf. Das zeigt das unehrliche Verhalten des Reichstages, der nur parteipolitisch handelt. (Geheißer Beifall bei den Nationalsozialisten.) Ein nationalsozialistischer Präsident wird denartigen Mißbrauch nicht dulden.

Hg. Heilmann (Soz.) nimmt noch einmal das Wort und erklärt, es sei nicht seine Aufgabe, den Reichstagspräsidenten Lobe zu verleiden. Der Willensausdruck der Wählerschaft hätte nicht geändert, daß mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Kommunisten unser Parteifreund Witmann gewählt worden wäre. (Seine kleine Gemeinlichkeit.)

Es folgt dann die

Wahl des Landtagspräsidenten,

die durch Stimmzettel erfolgt. Da jeder einzelne Abgeordnete nach dem Aufzug seines Namens an die Wahlurne treten muß, nimmt das Wahlverfahren längere Zeit in Anspruch. Als beim Aufzug des Herrn von Pröben der Name des Prinzen August Wilhelm von Preußen aufgerufen wird, erheben sich lärmende Zurufe bei den Kommunisten. Nach beendeter Kartenabgabe stellen die Wähler das Ergebnis fest. Vizepräsident Witmann: Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es sind 416 Stimmzettel abgegeben worden. Der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschäftigt sind 6 Stimmzettel, ungültig ist ein Stimmzettel. Von den übrigen gültigen 409 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 205. Es haben erhalten: der Abgeordnete Kertl 262 Stimmen. (Stürmische Bravo-Rufe und Handclaque bei den Nationalsozialisten), der Abgeordnete Witmann 92 Stimmen und der Abgeordnete Kasper 55 Stimmen.

Es ist also der Abgeordnete Kertl zum Präsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Hg. Kertl: Ich nehme die Wahl an.

Der Vizepräsident überlegt dann dem Präsidenten Kertl das Präsidium. Als Präsident Kertl das Präsidentenamt betritt, wird er von den Kommunisten mit dem Ruf: „Wieder mit dem Faschismus!“ empfangen. Die Nationalsozialisten begrüßen den neuen Präsidenten mit Handclaque, erheben sich hierauf von den Plätzen und grüßen den Präsidenten Kertl.

Präsident Kertl:

Ich danke zunächst unserem verehrten Vizepräsidenten für die große Anteilnahme, der er sich bei der vorläufigen Führung der Geschäfte trotz seines hohen Alters unterzogen hat. Ich übernehme hiermit das Amt des Präsidenten des Hauses, zu dem Sie mich mit absoluter Mehrheit gewählt haben, nachdem zuvor das preussische Volk in einer einzigartigen Erhebung durch seine Willensäußerung bei der Wahl die bisherige Sechsmänner-Gruppe zur stärksten Fraktion des Hauses gemacht hat (Unruhe links und lärmende Zurufe bei den Kommunisten), nicht nur dieses Hauses, sondern überhaupt des preussischen Landtages seit seinem Bestehen. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Ich werde mein Amt den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend und wie sich das bei einem Nationalsozialisten von selbst gehört, unparteiisch wahrnehmen. Sie (zu den Kommunisten) haben ja genug Gelegenheit genommen, uns von der Güte Ihrer Stimmen zu überzeugen. Es ist allerdings auch nötig, zu zeigen, daß zu diesem Stimmenerwerb auch der notwendige Verstand da ist. (Geheißer Beifall rechts.) — Dem neugewählten Präsidenten steht zwei Kommunisten zur Ordnung! Zwingen Sie mich nicht, so fährt der Präsident, zu den Kommunisten gewandt, fort, schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

Es folgt dann die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Präsident Kertl teilt folgendes Abstimmungsergebnis mit: Es sind 253 Stimmzettel abgegeben; der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschäftigt sind 31 Stimmzettel, ungültig einer. Von den übrigen 221 Stimmzetteln beträgt die Mehrheit 111. Es haben erhalten der Abgeordnete Witmann (Sozialdemokrat) 167, der Abgeordnete Kasper (Kommunist) 54 Stimmen. Es sind also der Abgeordnete Witmann (Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden. 2. Vizepräsident wurde Kasper (Kommunist). 3. Vizepräsident Dr. von Kries (D.D.).

Zur Geschäftsordnung erhält darauf der Abgeordnete

Freier (Nat.-Soz.)

das Wort, der die sofortige Einsetzung des von

Adolf Hitler sprach in Delmenhorst

In überfüllten Räumen. Tausende warten im Freien

Im Regen geht es hinaus ins Oldenburger Land. Unaufrichtig strömt es vom Himmel, so daß sich in manchem Herzen ein banger Zweifel einschleicht, ob auch dieser Abend in Delmenhorst nicht hinter den bisherigen zurücksteht. Doch unsere Sorge ist bald verflogen. Wie könnte es auch anders sein. Noch sind es zwei Stunden, bis Hitler sprechen wird. Der Saal ist bereits besetzt. Im letzten Augenblick noch mußte durch das hereinbrechende Unwetter die im Garten vorbereitete Versammlung in die inneren Räume verlegt werden.

So stehen sie nun, Mann für Mann, dicht gedrängt in den Gängen und Galerien. Manchmal nur kommt eine Störung in die Masse, wenn für eine Dame oder einem Kranken Platz geschaffen wird. Im übrigen behauptet jeder mit Energie seinen Standplatz, den er sich mit Mühe und Not erbeutet hat.

Die Scharen der Ordner haben alle Hände voll zu tun. Immer wieder drängen Unentwegte gegen die abgeperrten Gänge. Minute um Minute verfliehet. Männer und Frauen, Kinder und Greise, es kommen immer noch mehr. Die Gänge auf den Galerien nehmen bedrohliche Formen an, der Zutritt läßt sich nicht mehr. Schon stehen sie dichtgedrängt in den Nebenräumen und äußeren Gängen. Das Trommeln und Pfeiseforps schmettert lustige Marchweisen in den überfüllten Raum.

So acht Uhr ist lange vorbei. Kein Hitler, kein Wagner ist zu sehen. Geduldig wartet die Menge. 8¼ Uhr, nachdem man bereits einige Male vergeblich ausgehakt hat, wird die kleine Gestalt des Buchhändlerleiters sichtbar. Jupp Wagner, der demnach auch in Bremen sprechen wird, kommt, so wie er immer ist, gerade aus dem Zug natürlich, den Koffer noch in der Hand, zieht er sich aus. Die Gänge fliegen im großen Bogen in eine Ecke und dann gehts los. Wagner ist immer noch der alte, so wie er leidet und lebt. Etwas reifer und härter scheint er geworden zu sein. Die Keulenschläge fallen seine Worte vernieder auf diejenigen, die durch 13jährige ungesühnte Mißwirtschaft Schuld an den heutigen Zuständen sind, aber damit nicht genug, er zeigt Auswege, neue Lebensmöglichkeiten für Deutschland, ohne die unser Volk nicht leben kann.

Eine Stunde schon hat Wagner gesprochen. Im Garten stehen Tausende von Menschen und lauschen seinen Worten, die ihnen das Mikrophon übermitteln. Von tosendem Beifall unterbrochen, mußte er aussetzen, um sich durch die Begeisterung der Versammlung Gehör zu verschaffen.

Doch plötzlich brandet es auf, von draußen dringt es herein und findet im Saal ortsmäßigen Widerhall. Und jeder weiß, was das bedeutet: der Führer kommt.

Groß, schlank und frisch, erscheint Adolf Hitler, mit ihm sein persönlicher Adjutant Major Weidner und seine händigen Begleiter. Ein ungeheurer Sturm der Freude setzt ein. Das Heulen will kein Ende nehmen. Von einem Blütenregen überflutet, steht der Führer inmitten seiner Freunde.

Dank und Freude sprechen aus seinen Augen. Er braucht eine Zeitlang um sich von der Begeisterung zu erholen. Dann tritt er vors Mikrophon. Rund um ihn herum, zu seinen Füßen, sitzt eine Schar Kinder, die mit gläubigen Augen zu ihm emporsehen. Nicht nur die Kinder, auch die Erwachsenen, sie leben ihm zu, lesen das Wort von seinen Lippen. Man wagt kaum zu atmen. Wie ein Flutwind geht es von dem Mann aus, der da spricht:

Wir haben nicht gekämpft, um nach 13 Jahren unserer gemeinsamen Arbeit einige Ministerstellen einzunehmen. Die anderen müssen das verstehen. Ihre Ziele kommen nicht über das kleine „Ich“ hinaus. Wir, die wir für ein deutsches Vaterland kämpfen, in denen die Grundbegriffe, Freiheit, Gerechtigkeit, Arbeit und Brot als wichtigste Bestandteile eines Staates geschätzt werden, haben den Kampf um den deutschen Menschen aufgenommen.

Und wieder spricht Hitler von seinen Ideen, seinem Willen, und der Möglichkeit ihrer positiven Verwirklichung. Zwei Vorstellungen sind es, die nach Friedensschluß 1918 einander gegenüberstanden: der Nationalismus und der Sozialismus waren die inneren Grundtendenzen jener Zeit, deren jede, in Lösung von der anderen den Sinn des Volkes bedeutet, hat der Nationalsozialismus zu einer neuen Grundidee unlosbar zusammengefaßt. Wenn heute die marxistischen Arbeiter kommen und mir sagen, es gibt nur Arbeiterinteressen, so muß ich das zurückweisen. Wir alle, der Arbeiter der Stille, sowie der Kaufmann, der Intellektuelle, sowie der schaffende deutsche Mensch überhaupt, haben das eine Interesse, daß es unserem Volk gutgehen möge. Es ist in der Praxis unmöglich, daß ein Stand herrlich und in Frieden lebt, während der andere unter der sozialen Not der Zeit zusammenbricht. Wir alle sind gleichermaßen von der über uns hereingebrochenen Notzeit betroffen, und wir alle, jeder schaffende deutsche Mensch, wird auch gleichermaßen ruhiger besserer Zeiten sein. Wir werden den Kampf um Deutschlands Zukunft mit der uns eigenen zähen Art weiter durchsetzen. Und wir werden siegen, denn unsere stärkste Waffe ist der Glaube, der Glaube an unsere Theorien und der Glaube an jene Kräfte im Volk, die innerhalb der Nation nach neuem Leben ringen.

Es gibt Dinge in der nationalsozialistischen Bewegung, über die Außenstehende lächeln, dazu gehört auch die Tatsache, wenn wir von „unserem Führer“ sprechen. Laßt sie spotten, die keine Ehrung haben von der Heiligkeit einer bindenden Idee, die nicht die unermesslich schöpferische Kraft kennen, die Führer und Gefolgschaft gleichsam umschließt. Wir — jeder einzelne Nationalsozialist — innerhalb der Massenbewegung — sind stolz darauf, einem Adolf Hitler gehorchen zu dürfen. Und dieser Stolz ist berechtigt. Keiner ist so wie er, der Mann, der aus der Masse eines Volkes aufsteigt, um sein Führer zu werden aus Not und Glanz zu neuem Licht. —

Schon von der Gundeppische spreche, mit der man Hitler aus dem Saal schlagen müsse. (Große Erregung und stürmische Wit-Rufe bei den Nationalsozialisten.) Die Nationalsozialisten erhaben sich von den Plätzen und rufen zu den Sozialdemokraten: Wo ist der Gundeppische Präsident? Wenn Sie (nach links) glauben, daß wir uns das weiter denken lassen, so sind Sie auf dem falschen Weg! (Stürmischer Beifall rechts.)

Wir werden Ihnen beweisen, daß mit dieser Zeit in Bremen Schluss gemacht werden wird. Die deutsche Staatsanwaltschaft ist zu 90 Prozent selbst in Anklagezustand wegen Mißbrauchs gestellt zu werden. (Zuführender Beifall.)

Nach der Rede des Hg. Freiers nimmt dann der Kommunist Ried das Wort zu den Ausführungen, bei denen es zu den unerhörten Provokationen kommt.

Einberufung der Aeltestenrats

Etwa eine halbe Stunde nach den blutigen Schlägeren wurde der Aeltestenrat einberufen, an dessen Beratungen auch der Berliner Polizeipräsident Grelzinski teilnahm. Vor dem Zimmer des Aeltestenrats hatten sich zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete angeordnet, die erregt über die Anwesenheit eines Zivilisten waren, in dem sie einen Kriminalbeamten erkannten. Ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion forderte diesen Zivilisten auf, sich sofort aus dem Landtagsgebäude zu entfernen, weil Polizeibeamte in diesem Haus nicht amtierend dürfen, ohne daß der Präsident sie dazu aufgefordert habe. Darauf nahmen mehrere nationalsozialistische Abgeordnete den Mann in ihre Mitte und

beförderten ihn vom Beratungszimmer des Aeltestenrats hinweg. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Abgeordneten entfernte sich vom Aeltestenratsszimmer auf Ersuchen eines Führers der Fraktion.

In der Sitzung des Aeltestenrats gaben, wie wir hören, Nationalsozialisten und Kommunisten Erklärungen ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschten.

Die nächste Vollziehung des Landtages findet wie vorgelesen am Mittwoch, 1. Juni, 14 Uhr, statt. Am Vormittag des gleichen Tages wird der Aeltestenrat zusammengetreten.

Bei der Schlägerei im Vollzugsaal sollen übrigens noch die Kommunisten Kramer (Wiesdorf) und Flabing verlegt worden sein. Auch der Landtagsstenograph Ahrensberg hat bei der Ausübung seiner Tätigkeit eine Verletzung am Gesicht erlitten. Der Berliner Polizeipräsident Grelzinski hat an der Aeltestenratssitzung nicht in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident, sondern als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Vertretung des verletzten Aeltestenratsmitglieds Jürgensen teilgenommen.

Kommunistischer Überfall Zwei Schußverletzte

Grevenbroich. In der Nacht zum Mittwoch kam es in Grevenbroich-Reenhallen zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Es fielen sieben bis acht Revolvergeschosse. Ein Nationalsozialist wurde durch zwei Verwundungen, ein achtzehnjähriges Mädchen durch einen Armbruch verletzt. Die Polizei hat zwei Kommunisten festgenommen. Einer von ihnen soll der Anführer sein, während der zweite vermutlich der Pilotenschütze ist.

Die sofortige Erneuerung

des Postabonnements ist Bedingung, wenn die Zustellung am 1. Juni keine Unterbrechung erleiden soll.

Erwerbslosenunruhen in Planitz

Zwickau, 24. Mai. Als im Planitzer Volksfahrtsamt die Auszahlung der Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungen stattfinden sollte, verweigerten die Empfänger die Annahme der gestrichelten Unterführungen. Eine fünfhundert Personen füllten den Raum. Stilles Gerede, auch das Eingreifen des Bürgermeisters half nichts. Schließlich räumte die Polizei das Volksfahrtsamt mit dem Gummistift ein. Später bildeten sich auf der Straße Ansammlungen. Als das Überfallkommando abermals eingeleitet wurde, schickten die Erwerbslosen, teilten sich aber dann nochmals auf dem Marktplatz und in den angrenzenden Straßen zusammen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen, so daß sie von der Schutztruppe Gebrauch machen mußte. Ein Polizeikommissar wurde durch zwei Steinwürfe schwer verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Kleine Politik

Auf Anregung der NS-Fraktion ist im preussischen Landtag ein sozial-politischer Ausschuss gebildet worden.

Im Steuerausfluß des Reichstages wird bekannt gegeben, daß auf Grund der Steueramnestie nachträglich 2.093.000 RM. Vermögenswerte angemeldet worden sind.

Die Kieler Zeitung ist wegen angeblicher Verleumdung des Reichspräsidenten auf sieben Tage verboten worden.

Der thüringische Landtag wird am Samstag zum Fall Walterhausen Stellung nehmen.

Im hamburgischen Staatsgebiet haben in der Pfingstwoche fünfundsiebenzig Menschen sich das Leben genommen.

Der englische Außenminister teilt mit, daß England auf alle Fälle seine Schulden an Amerika weiter zahlen will.

Der Prager Innenminister hat sämtliche tschechisch-faschistischen Verbände aufgelöst.

Aus Garbin wird gemeldet, daß ein japanischer Panzerzug durch Gleisverfälschung entgleist ist und sechs Soldaten getötet und sieben schwer verletzt wurden.

In Tokio hat Admiral Saito die nationale Regierung gebildet. Der als tot gemeldete General Schitafama lebt noch.

Die Dapelin in Hamburg ist durch Unterfischung um rund 200.000 RM. geschädigt worden.

Wir fordern sofortigen Zusammentritt des Reichstages

Von R.-A. Dr. Hans Frank II, M. d. R.

Die Art und Weise, wie Präsident Löbe der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion gegenübertritt, insbesondere die Auslieferung des Reichstages an den Polizeipräsidenten Weis, wie er sie am 12. Mai 1932 vermittelte, hat in der deutschen Öffentlichkeit stärkste Entrüstung hervorgerufen. Es ist nicht das erste Mal, daß Herr Löbe mit seiner präbilitären Taktik die parlamentarisch zahlmässige Minderheit in ihren Rechten beschränkt.

Wir haben alles Verständnis für die geradezu trostlose Lage des Kabinetts Brining. Wir können es verstehen, daß Herr Löbe als Sachwalter dieser Reichstagsmehrheit kleinliche Rechtsverfolgung zurückstellt hinter den großzügigen Plan, das Kabinett Brining unter allen Umständen noch einige Zeit über Wasser zu halten. Die Methoden, die in parallelen geschäftlichen Episoden von allen fieberhaften Regierungssystemen angewendet werden, sind ja immer dieselben. Ähnlich wie von der Reichsverfassung offensichtlich nur noch der Artikel 48 einmühsam lebendig ist, so leben auch von der Geschäftsordnung für den Reichstag im wesentlichen nur noch jene Bestimmungen, die Handhaben für die Verfolgung oppositioneller Abgeordneter gewähren. Die im Volkswortwissen ja so fest verankerte deutsche Demokratie kann eben nur mehr dadurch gerettet werden, daß die Demokratie selbst immer weiter dem deutschen Volke entzieht.

Dieses Lavieren und ewige Hin- und Herziehen von Plan zu Plan, dieses hilflose Schaukeln und Sid-Zerbenlassen von den bogen Erwartungen, es würde doch einmal anders kommen, dieses ziellose Umherirren von Hoffnung zu Hoffnung, man könnte doch noch irgend wie mit einem Leinwand oder einer letzten Anstreichung den Nationalsozialismus um die Mächtigkeitskrone bringen, dieses kampflose Kleben an Stellen, für die im demokratischen Sinn die Legitimation aus dem Volkswillen heraus längst erloschen ist:

Dies ist das Chaos, wie es um den unheimlich nachdenklichen, hermetisch geschlossenen, stolzen Aufbau des Nationalsozialismus sich dehnt. Wie aller großen Schöpfung ein Chaos vorausgeht, so steht dieses innenpolitische Chaos in Deutschland der Schöpfung des nationalsozialistischen Staats durch Adolf Hitler voraus.

Herr Löbe weicht also in seiner Methode dem Nationalsozialismus gegenüber in nichts ab von der Taktik seiner Freunde. So stelle fest:

Herr Löbe hat im Kabinettsrat am 12. Mai 1932, nachmittags 6.30 Uhr, die Erklärung abgegeben, daß er den Reichstag sofort einzuberufen werde, wenn aus dem, aus Anlaß der Klagschreien eingeleiteten Strafverfahren festgestellt worden sei, welche Abgeordnete an diesem Vorfall beteiligt waren.

Herr Löbe begründete diesen Standpunkt damit, daß er eine Einberufung des Reichstages insofern nicht vertreten könne, als nicht feststünde, daß nicht noch über die Abgeordneten Heines, Weigel und Stegmann hinaus, andere Abgeordnete der NSDAP an dem Zusammenstoß mit Klagschreien beteiligt seien.

Nach dem Urteil vom 13. Mai 1932 steht fest, daß lediglich die Abgeordneten Heines, Stegmann und Weigel an diesen Klagschreien Anteil nahmen.

Ich frage daher Herrn Löbe, ob er angesichts dieses geklärten Sachverhalts, den Herr Löbe sich jederzeit auf Anfrage von dem Schnellschöffengericht Berlin in der Sache Heines und Genossen bekätigen lassen kann, nimmere sein Wort einzulösen gedenkt, das für diesen Fall der Klärung die sofortige Einberufung des Reichstages verheißt? Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion sieht der unverzüglichen Stellungnahme des Herrn Löbe entgegen.

Abgesehen von dieser, durch die bindende Zusage des Herrn Löbe gegebenen Verpflichtung des Reichstagspräsidenten zur sofortigen Einberufung des Reichstages, besteht für Herrn Löbe nach Artikel 24, Absatz 1, Satz 2, der Reichsverfassung die Pflicht, den Reichstag unverzüglich einzuberufen, da ein diesbezügliches Verlangen von mehr als einem Drittel der Reichstagsmitglieder gestellt wurde. Herr Löbe hält sich in diesem Punkt für nicht gebunden, da der Reichstag lediglich verlagert wäre durch Unterbrechung der Sitzung vom 12. Mai 1932 und bei derartigen Verlagerungen Artikel 24, Absatz 1, Satz 2 N.-V. keine Anwendung fände. Nun hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am 12. Februar 1932 in der verfassungsrechtlichen Streitfrage der Deutschnationalen Fraktion gegen den Präsidenten des Preussischen Landtags wegen Einberufung des Preussischen Landtags beschloffen, daß der Präsident des Preussischen Landtags verfassungsgemäß verpflichtet gewesen wäre, dem unter gleichen Voraussetzungen gestellten Verlangen einer bestimmten Minderheit der Landtagsmitglieder auf Einberufung des Landtags zu entsprechen. Herr Löbe konnte leider am 12. Mai 1932 dieses noch immerhin interessante Staatsgerichtshofsurteil nicht nicht. Mittlerweile wird er es kennen gelernt und sich überzeugt haben, daß dieses Urteil vollkommen aufbaut auf die Betrachtung der Reichstagslage, wie sie sich nach dem Art. 24, Abs. 1, Satz 2 N.-V. für den Reichstag ergibt.

Wir Nationalsozialisten haben niemals ein Sehl daraus gemacht, daß für uns die Weimarer Demokratie nicht der geeignete Inhalt einer Staatsform, wie sie das deutsche Volk des 20. Jahrhunderts braucht, ist. Wenn wir aber heute als die größte politische Organisation des deutschen Volkes in aller Öffentlichkeit den Ruf nach Zusammentritt des Reichstages erheben, weil die gewalttätig konstituierte Unterbrechung der Sitzung zum Vorteil der Aufrechterhaltung des blässen Machtgleichmaßes der gegenwärtigen Koalition und damit zum Schaden des deutschen Volkes sich auswirkt, so ist das Bemühen des Herrn Löbe vergeblich, sein Verhalten in dieser Einberufungsangelegenheit irgendwie mit der Reichsverfassung vereinbar hinstellen zu wollen. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Löbe klar ausgesprochen. Ein pflichtbewußter Reichstagspräsident mußte jede Möglichkeit ergreifen, auch der oppositionellen Minderheit im Reichstag zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine von dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich aufgestellten, oben wiedergegebenen Auslegungsgrundsätzen des Art. 24 N.-V. zuwiderlaufende Weigerung des Präsidenten Löbe, dem Einberufungsantrag von mehr als einem Drittel des gegenwärtigen Reichstags zu entsprechen, ist und bleibt eben ein schwerer Verstoß gegen die Reichsverfassung.

Aber auch für Herrn Löbe geht es scheinbar nicht mehr um die Sicherung der deutschen Reichsverfassung, sondern um Ergreifung jeder Gelegenheit, den Machtantritt der Nationalsozialisten und sei es auch nur noch um Stunden hinauszuschieben. Der Herr Polizeipräsident Weis, der für kurze goldene Stunden der Machthaber dieses Reichstages war, hat entzündenderweise in Würzburg 1906 eine Dissertation unter dem Titel: „Inwiefern ist der Deutsche Reichstag Herr seiner Geschäftsordnung?“ verfertigt. Damals konnte Herr Weis von dem Erscheinen der bösen Nazis noch nichts ahnen. Herr Löbe hat geduldet, daß dieser gleiche Herr Weis, gegen den jetzt Anzeige wegen seines Verhaltens im Reichstagsgebäude erhoben wurde, sich gegen die Geschäftsordnung zum Herrn des Deutschen Reichstages machen konnte.

Wir Nationalsozialisten stehen denjenigen, die an sich an der Wiederherstellung eines gewissen Ansehens ihres Systems ein letztes Interesse haben sollten, selbstverständlich in unverrückbarer Kampfpозиtion gegenüber. Wir stellen aber dieses Vorgehen unserer Gegner öffentlich bloß und werden nach wie vor zu verhüten wissen, daß derartige Reichstagsverhöfe, vertuscht oder gar entkündigt werden sollten. Wenn wir aber auch begreifen können, daß dieses System, reiflos am Ende angekommen, nunmehr mit letzten verzweifeln Mitteln kämpft: Als Deutsche bedauern wir, daß unsere innenpolitischen Gegner nicht einmal den Mut haben, sich zu dieser Kampfpозиition offen zu bekennen. Hierzu fehlt ihnen ja schon seit langem die Stärke. Im vorliegenden Falle also wundert uns nicht, daß Herr Löbe das Kunststück fertigbringt, einem Reichstagsstaatsgerichtshof gegenüber dessen Belanglosigkeit zu behaupten. Wir hätten nur gewinnlich, daß er ganz offen einräumt, daß die Weigerung, den Reichstag zusammenzurufen, ohne Rücksicht auf die Reichstagslage eben deshalb nicht erfolgen kann, weil man noch einige Tage Gnadenfrist für das gegenwärtige System dadurch zu gewinnen hofft.

So oder so: Der Kampf Adolf Hitlers geht immer oder außerhalb des Reichstages unermindert weiter. Ein System, das sich nicht mehr zur Freundschaft gegen seine Feinde zu bekennen getraut, sondern um Sophismen herumtrickelt, muß schon um seiner inneren Widersprüchlichkeit wegen vernichtet werden!

Gegen den Sozialabbau

Nationalsozialistischer Erfolg im Haushalts-Ausschuß

Berlin, 25. Mai. Am Mittwoch wurde im Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung beauftragt, gegen das Finanzprogramm des Deutschen Städtetages Maßnahmen zu ergreifen, um den dargelegten Gefahren

Abbau der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsfürsorge zu verhindern.

Auch die Länderregierungen sollen angewiesen werden, die Durchführung der Vorstöße, die weitere kulturelle Verschlechterungen für das werktätige Volk bedeuten würden, zurückzuweisen. Die bereits getroffenen Maßnahmen sollen rückgängig gemacht werden.

Weiter werden Länder und Gemeinden mit dem Antrag verpflichtet, die Wohlfahrtsunterstützung allgemein mindestens in Höhe der Sätze geordneten Fürsorge nach dem Stand vom 1. Januar 1931 zu halten, die Schließung oder Einschränkung von Krankenhäusern, Badeanstalten usw. zu unterlassen und auch auf dem Gebiet des Schulwesens von einer Zusammenlegung von Schulen der Klassen oder der Einschränkung des Lehrkörpers Abstand zu nehmen.

Bedenkenswert ist vor allem, daß die Sozialdemokratie es mit ihrem Namen als Arbeiterpartei vereinigen kann, bei einem derartigen Antrag Stimmhaltung zu üben.

Unglaublich! Ist das wahr?

Wie die „Neu-Schlesische Tageszeitung“ mitteilt, hat die Stadt Breslau angeblich auf Grund einer ministeriellen (!) Verfügung sämtlichen Magistratsmitgliedern, also vom Oberbürgermeister bis zu den Stadträten, die auf Grund der ersten Notverordnung vorgenommenen Gehaltskürzungen ordnungsgemäß vorzunehmen. Der erste Gehaltsrückgang soll 1400 Mark, Bürgermeister nach 1000 Mark und alle übrigen Herren des Magistrats sollen Beträge zwischen 700 und 950 Mark ausbezahlt erhalten haben. Die Beträge sollen eine Entschädigung für die Abzüge in der Zeit vom 1. Nov. 1931 bis 31. Mai 1932 sein.

Diese zu anderen Zeiten vielfach unglaubliche Meldung bedarf einer restlosen und schnellen Klärung. Sollten diese Angaben auf Wahrheit beruhen, dann wäre es ein Verbrechen, wenn auch nur einer der Herren Magistratsmitglieder dieses Geld angenommen hätte, da kaum ein Tag vergeht, an dem nicht den Vermögen, den Wohlfahrtsempfängern und Sozialrentnern ein neuer Abzug von ihren Pfenningen, die längst nicht mehr zur Befriedigung ihres Lebensunterhaltes ausreichen, vorgenommen wird. Wie uns ferner mitgeteilt wird, herrscht in den Kreisen der mittleren und unteren Beamten, die von dieser Nachzahlung Kenntnis er-

halten haben, ungeheuerer Empörung. Wir fordern im Namen der Steuerzahler umgehend eine einwandfreie Auskunft.

Zeichen der Zeit

Einer Firma in Wuppertal wurden dieser Tage zwei Pfenninge überwiesen, die aus einer Kontursumme auf sie entfielen. Eigentlich betrug der Anteil nach der Quote 22 Pfenning, jedoch hatte die Post 20 Pfg. Ueberweisungsbefehle verschlungen, so daß der Konturverwalter nur 2 Pfg. zahlte.

Vizeadmiral von Hipper

Im 68. Lebensjahre ist gestern Mittwoch, 11 Uhr vormittags, in seiner Wohnung in Altona-Othmarschen Vizeadmiral von Hipper, der bekannte Führer der leichten Seestreitkräfte in der Schlacht bei Jlagerrat, einem Schlaganfall erlegen.

Vizeadmiral v. Hipper wurde am 18. Dezember 1863 in Weilheim (Bayern) geboren. Nach der Schlacht von Jlagerrat wurde ihm der bayerische Adelstitel verliehen. Aus der Marine ist Vizeadmiral v. Hipper im Januar 1919 ausgeschieden.

Eine Kriegenzeiten in England.

London, 24. Mai. In einer Rede in Stafford betonte der Minister für öffentliche Arbeiten, Gore, daß die politischen Ausblicke noch sehr dunkel und schwierig seien. Nach seiner Ansicht ließe man vor einer neuen Phase der Kriege, die vielleicht noch enger und schwieriger sein werde, als man sie bisher erlebt habe. Der Schatzkanzler wisse zwar, daß die höchste Grenze der Steuern inzwischen erreicht sei, aber es sei zweifelhaft, ob man bis zum nächsten Herbst ohne neue Steuern und Sparmaßnahmen einschließlich Beamtengehaltsskürzungen auskommen werde.

Schamlose Leugner!

Bei der Beratung im Haushaltsausschuß des Reichstages sagte es der marxistische Abgeordnete Reil folgende haarsträubende Märchen aufzuschieben:

„Die sozialdemokratische Fraktion trägt für die Notverordnungslosigkeit keinerlei Verantwortung. Große Bestandteile der Notverordnungen verließen gegen die Anschuldigungen und Forderungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten werden. Die Fraktion mißbilligt insbesondere die unsozialen Bestimmungen, die den wirtschaftlich schwachen Volksteilen die größten Opfer auferlegen, ihre Lebenshaltung tiefer und tiefer herabdrücken, die Wirtschaft und Finanzlage aber nicht überwinden haben.“

Woher nimmt ein Abgeordneter jener Unfalls- und Tolerierpartei, die seit dem September 1930 jede Notverordnung Reimungsgehalt und legitimiert hat, das Recht zu geben, die schamlosen Entstellungen? Das ist die beliebte Fiktion aus der Verantwortung von der die Sozialdemokratie sich vor der Defektivität reinwaschen will. Das wird ihr nicht gelingen!

Die nationalsozialistischen Abgeordneten haben im Haushaltsausschuß die Systemparteien gezwungen Farbe zu bekennen. Ihr Antrag lautete bedingungslos auf vollständige Aufhebung der Notverordnungen, die nach juristischem Urteil aus einem groben Mißbrauch des Artikels 48 beruhen. Ein Sozialdemokrat beß die Stirne, die Verantwortungsmöglichkeit seiner Partei zu erklären, um schließlich die Erklärung abzugeben, daß seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimme.

Aus aller Welt

Schulstreik wegen Kürzung der Fürsorge

Leipzig, 24. Mai. Im benachbarten Taucha ist am Dienstag ein Teil der Elternschaft in den Schulstreik getreten. Die Streikenden ließen durch eine Abordnung dem Stadtrat und der Schulverwaltung erklären, die erneute Kürzung der Fürsorge nehme ihnen die Mittel, ihre Kinder für den Schulbesuch genügend zu ernähren. In einem Antrag an die Stadtverwaltung beantragt die Lehrerschaft die Einführung einer Schulpflichtung.

Ein Brüderpaar vom Blitz erschlagen.

Darmstadt, 25. Mai. Mehrere Einwohner der Ortsgemeinde Hahn wurden am Dienstagmittag bei Feldarbeiten von einem schweren Gewitter überfallen. Die Leute begaben sich gruppenweise nach Hause. In einer dieser Gruppen, in der die Gebrüder Pächler waren, schlug der Blitz ein. In einem vom Blitz aufgewühlten großen Erdloch fand man die drei Brüder. Der eine war bereits tot, während der andere nach kurzer Zeit starb. Der dritte wurde nur beunruhigt.

2 Tote bei einer Explosion.

Paris, 25. Mai. In einer chemischen Fabrik in Lyon, die sich in der Hauptphase mit der Herstellung von Zementzement beschäftigt, ereignete sich am Dienstag nachmittag eine schwere Explosion, bei der zwei Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt wurden. Das Gebäude wurde vollkommen zerstört.

Schwere Kämpfe bei Chharbin.

Chharbin, 25. Mai. Einer starken Truppe chinesischer Freischärler gelang es, in die nächste Nähe von Chharbin vorzurücken. Es wurden sofort japanische Streitkräfte eingesetzt, die mit Artillerie, Tanks und Flugzeugen gegen die Chinesen vorgingen, die sich fieberhaft auf der Westseite des Singairi-Flusses verschanzten. Der Eisenbahnverkehr in westlicher Richtung wurde sofort eingestellt, da die Gleise auf rund 5 km von den Chinesen zerstört worden waren. Flakgeschütz waren gezwungen, unter heftigem Artilleriefeuer nach Chharbin zurückzuführen. Auf der östlichen Seite Chharbins war der Eisenbahntunnel der chinesischen Eisenbahn bei Tsinglin von den Freischärlern abgepörrt, so daß die Zugverbindung mit Wladivostok unterbrochen war.

Aus Bremen Stadt und Staat

Straßenerlebnis des Alltags

Der Verkehr des Alltags durchflutet die Straßen, gefächelt kein Umhauen nach winzigen Dingen.

Halt! Hier muß etwas vorgefallen sein. Ein kleines Mädel ruft, schreit laut, die Passanten bleiben stehen.

„Da, da läuft er wieder, das ist er“. Ein „kleiner“ Dieb, noch nicht im schulpflichtigen Alter, hat einem anderen kleinen Jungen eine Schachtel Zigaretten auf offener Straße aus der Hand gerissen, die der Junge seinem Vater vom Laden in die Wohnung bringen wollte.

„Wo wohnen Deine Eltern?“ fragt der Schiffsjoch, der Vater des Ueberfallenen? Dort in der Münchenerstraße. Der „Kraut“ Ueberfall wird der Mutter des kleinen Diebes gemeldet.

Der Vater fragt:

„Hat Ihr Junge eine Zigarettenschachtel hierher gebracht?“

„Nein, was denken Sie, hier ist keine Schachtel“, lautet die gekränkte, späte Antwort der Mutter. Darauf ihr Kind: „Aber Mutter, ich gab sie Dir doch!“

Hier hat sich die Wahrheit im Herzen des Kindes empört, gegen eine Gifftat der Lüge und des Betruges. Keinen Richter hat dieser Fall des Alltags gefunden. Nicht einmal eine Anzeige wurde gegen die Frau erstattet und wie schwer wiegt die Anklage ihres Kindes.

3. Lehrgang der Massenfragen. Da Herr Dr. v. Hoff verbunden ist, muß der für Freitag, den 27. Mai, angelegte zweite Vortragsabend ausfallen, er wird am Freitag, den 3. Juni stattfinden.

10. Bauparlament-Zuteilung. Unter Vorsitz von Direktor Kellner fand gestern im Gewerbehause die 10. Bauparlament-Zuteilung der Bauparlament-Bremen statt. Zur Auslosung kamen 102 000 RM. Wir kommen morgen auf die Verammlung noch einmal zurück.

Sprechabend der Sektion Seefahrt Bremen

Die Sektion Seefahrt hatte im Restaurant Richter in der Nordstraße zu einem öffentlichen Sprechabend am vergangenen Donnerstag, den 19. Mai, eingeladen. Das Material hatte Kapit. Otto Pfeiffer übernommen. Er sprach vor allem über die Seefahrt interessierenden Handelsfragen und Nationalsozialismus, ausgehend davon, daß die wirtschaftliche Einstellung des liberalistischen Wirtschaftssystems, welches nur nach dem eigenen Profit frage, zu seinem Zusammenbruch führen mußte und wies daraufhin, daß eine deutsche Wirtschaft nur gefunden und gesund bleiben kann, wenn der Staat als solcher wieder als Grundlage des Volk anerkannt. Das heißt, vor allen Dingen die Landwirtschaft schützt und fördert. Die Handelspolitik vor dem Kriege mit ihrem übermäßigen Export hat ja nach vielfachen Auslagen gerade der heutigen Nachkriegszeit uns die Verfehlung zugetragen. Anstatt nun den umgekehrten Weg einzuschlagen, schließen dieselben die Verträge von Versailles. Daraus und Young ab, die auch nur durch einen überlegenen Export letzten Endes erfüllt werden können. Was ist aber der tatsächliche Erfolg?

Verfallens, Daines und Young sind weiter nichts als die wucherische Zinspolitik des internationalen Finanzkapitals.

und die Auswirkung erlebt jeder Deutsche an sich selbst.

Sechs Millionen Arbeitslose als Opfer des internationalen Kapitals und seiner Helfershelfer im deutschen Staat.

Wir Nationalsozialisten wollen demgegenüber eine planvolle Wirtschaft betreiben. Das heißt, vor allem Stärkung des Binnenmarktes, damit derselbe wieder aufnahmefähig wird. Redner wies vor allen Dingen auf das durch Gregor Strasser entwickelte Wirtschaftsprogramm hin, welches sich formulierte nicht durch Geld, sondern durch Arbeit und Geld. Wir wollen 65 Millionen Ruten und der einzige gangbare Weg ist jetzt nur noch der Weg über die Arbeitsbeschäftigung. Wir können in einem Jahr 100 000 Zieherstellen schaffen und somit die Entproletarisierung des Volkes und seine Rückkehr zu Boden und Brot. Ist die Voraussetzung der Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Arbeit geschaffen, so kann unter Volk auch wieder als politischer Machtfaktor in der Außenpolitik einsteigen.

Hier könnte der Arbeitsdienst einsetzen

Die Ueberschwemmungen an der Wümme

Als die Landwirte von Borgfeld und Umgebung Anfang Mai ihr Vieh auf die mit jungem, saftigen Gras bestandenen Weiden der Wümmeniederung hinaustrieben, waren sie froh, der Sorge um die teure Stallfütterung entgehen zu sein. Schon acht Tage später mußten sie ihr Vieh von den überfluteten Weiden retten und wieder aufstellen, da viele von ihnen keine Weiden binnendeckeln bekamen. Der Schaden ist groß. Es fehlt an Futter. Die Weiden können in diesem Sommer kaum wieder benutzt werden, da das Vieh dann wieder schwerer Erkrankungen (Lebererkrankungen) ausgesetzt sein würde.

Die starken Regenfälle vom 2. und 3. Mai mit einer Regenhöhe von 42 mm (langjährige Monatsmittel für Mai 53 mm) hatten ein Hochwasser der Wümme im Gefolge, das rund 2500 Morgen fruchtbare Weiden und Wiesen oberhalb der sogenannten Stufenbahn bei Borgfeld unter Wasser setzte. Dieses Schandhochwasser ist z. Z. füglich auf höhere Gewalt zurückzuführen, doch muß auch wohl der Landwirten recht geben, die auf Grund ihrer Beobachtungen behaupten, daß neuerdings nach der Regulierung des Oberlaufes der Wümme, diese viel häufiger ausreißt als früher.

Im oberen Einzugsgebiet der Wümme sind umfangreiche Meliorationsarbeiten von Seiten der preussischen Behörden durchgeführt worden. „Die Moore und Niederungen sind durch ein vielverzweigtes Netz von Gräben entwässert, die Wümme und ihre Zuflüsse sind zur Erzielung besserer Vorflut (Abflussmöglichkeit) begradigt worden. Früher wirkte das Gebiet wie ein Schwamm, der die Regenmengen aufzog und nur langsam an den Vorfluter abgab. Jetzt kommt das Wasser viel rascher zum Abfluß, gelangt zur Wümme, findet hier ein geräumtes Flußbett und gutes Gefälle und gelangt sehr bald unter Mithilfe von Schlämmsand und in den unteren Flußlauf bei Borgfeld. Auch hier sind die Weiden besser entwässert und der Fluß selbst reguliert

worden, doch der Fluß hat unterhalb der Franzosenbrücke infolge der Ebbe- und Fluterscheinung nicht mehr die Möglichkeit mit annähernd gleichbleibender Geschwindigkeit die von oben zufließenden Wassermassen abzuführen. Zweimal am Tage zur Hochwasserzeit wird die Wassergeschwindigkeit infolge des Flußtaus sehr gering, u. M. ist sie sogar nach oben gerichtet. In dieser Uebergangsstrecke zweier ganz verschieden gearteter Flußstrecken müssen die von oben kommenden Wassermassen eine Verzögerung in ihrem Abflusvorgang erleiden, über die Ufer treten und die Sandmengen fallen lassen. Es kommt erschwerend hinzu, daß die Ebbe- und Flutwirkung in der Wümme im Laufe der verschiedenen Unterwasserbauten sich verstärkt und weiter nach oben fortgepflanzt hat.

Deichbesserungen oder -berlegungen ebenso wie Baggerungen werden keine durchgreifende Besserung bringen. Die Vorflut des Unterlaufes kann nur durch eine auch schon von anderer Seite angeordnete Verschärfung der Wümme oder zum großartigsten verbessert werden. Wie bei der Wümme in Mitterhude wird dann dem Flutwasser der Weg in den Flußlauf verweigert und es bleibt der Flußlauf, der durch Durchstiche und Brändendurchflusöffnungen noch zu verbessern wäre, allein dem Oberwasser vorbehalten.

Jedenfalls ist es widersinnig, im Oberlauf Landverbesserungen vorzunehmen und weiter unterhalb dadurch wertvolles Land zu verschüttern. Die zweifelslos wertvolle Aufgabe, aus Sumpfen Kulturland zu gewinnen, darf nur fortgesetzt werden, wenn die Vorflut bis zur Weser sichergestellt ist. Es wäre zu wünschen, daß die Reichswasserstraßenverwaltung zusammen mit den bremischen und preussischen Behörden eine Anlage errichtet, die alle Anforderungen an gute Wasserhältnisse befriedigen soll. Kleinliche Abflüsse kosten auf die Dauer mehr Geld als eine große Anlage.

Meiners, Reg.-Baumeister.

werden und auch an einen gefunden Außenhandel, soweit er als Warenverkehr und Spartenausgleich in Frage kommt, kann herangezogen werden.

Nach kurzer Schilderung der außenpolitischen Lage und des Weges, den ein nationalsozialistischer geleiteter Staat einschlagen muß, um von den Tributen frei zu werden, sowie einer kurzen Streifung der bremischen Verhältnisse, schloß er mit den Hinweis, daß durch Vereitigung des Zinswunders im Innern und Schluß der Außenpolitik wir wieder konkurrenzfähig dem Ausland gegenüber werden können. Das obere Geleit muß jedoch heißen, alles hat dem Volksgang zu unterliegen, erst muß jeder Deutsche wieder zu Arbeit und Brot kommen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen noch unterstrichen. Es wurde vor allem noch von verschiedenen Seefahrern auf den Wahlsinn des Internationalismus hingewiesen.

Weitere Aufklärungsabende werden in kurzer Zeit folgen.

Kirchenmusik in der St. Margaretkirche am Freitag, den 27. Mai, 19.30 Uhr. Mitwirkende: Rolf Gibon, Gesang; B. Jörmann, Orgel; Luise Lampe, Orgelbegleitung. Vortragsfolge: 1. Präliminum und Fuge c-Moll für Orgel von J. S. Bach; 2. Wie aus Elias, „Höre Israel“ von F. Mendelssohn; 3. Intermezzo aus op. 92 der Orgel von M. Reger; 4. Wie ich den Weg auch nicht... Balthusches Lied; 5. „Harte meine Seele“ von G. Mahan; 6. Wo findet die Seele die Heimat der Ruh“ nach G. Bishop. — Eintritt frei.

Stadttheater. Heute Donnerstag: „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss. Freitag: Gekürzte Vorstellung für die Deutsche Bühne. Sonnabend: Siebenter Abend im Wagner-Zyklus: „Siegfried“. Sonntag: Gekürzte Vorstellung im Vorabend-Zyklus: „André“. Montag, für den Vorabend: „Mutter muß heiraten“.

Aus dem Arbeitsgericht

Das Gericht kann den Wortlaut des Zeugnisses bestimmen.

Ein Angestellter hat das Recht, ein wahrheitsgemäßes Zeugnis zu verlangen. Stimmen die Angaben nicht, dann kann der Angestellte jederzeit das Arbeitsgericht anrufen, um den Wortlaut des Zeugnisses feststellen zu lassen. Ein Land-

dem es hieß: „Er war fleißig, treu und ehrlich und stets bereit, im Lager mitzuhelfen.“

Wer darf sich Schachmeister nennen?

38. war 35 Jahre bei der Baufirma R. beschäftigt und hatte bei dem alten Chef so etwas wie eine Vertrauensstellung inne. Als die Zeiten schlechter wurden, wurde R. entlassen. Mit dem Zeugnis, das ihm der neue Chef ausstellte, war R. nicht zufrieden, weil er „Sacharbeiter“ und nicht als „Schachmeister“ genannt war. Vor dem Arbeitsgericht weigerte sich der Inhaber der Firma, das Zeugnis dahingehend abzuändern, denn R. sei kein Schachmeister gewesen. R. zeigte dem Gericht zur Erhaltung seiner Beweise ein großes, von der Gewerkschaft ausgestelltes Diplom vor, das dem „Schachmeister R.“ nach 30jähriger, treuer Dienstzeit ausgestellt worden war. Trotzdem erteilt R. nicht, daß sein Zeugnis, so wie er es machte, ausgestellt wird. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß R. nach Angaben arbeitete und nicht selbständig, wie es für einen Schachmeister Voraussetzung ist.

Anwaltskosten sind keine notwendigen Geschäftsführungskosten

Notwendige Kosten der Geschäftsführung des Betriebs trägt das Werk. Dazu gehören auch die Kosten eines Anwalts, wenn eine solche Vertretung vor dem Landesarbeitsgericht notwendig ist. Die Forderung-Büro-Verträge weigerten sich, die Rechnung eines Anwalts zu bezahlen, der in einer Berufung vor dem Landesarbeitsgericht aufgetreten war. Das AG. hatte die Klage des Angestelltenrates gegen die Kündigung des Betriebsrats B. abgewiesen. Die Frage ist, ob in diesem Fall der Angestelltenrat berechtigt war, einen Rechtsanwalt zu beauftragen, die Interessen des B. vor dem AG. wahrzunehmen. Die Firma wendet ein, daß die Vertretung hätte erkennen müssen, daß die Beschwerde gegen den Beschluß des AG. keinen Erfolg haben würde. Der Anwalt war nach einer Befragung der Meinung, das AG. würde auf Erfolg vorhanden sein. So kam es zur Berufungsverhandlung und zur erneuten Verhandlung vor dem AG.

das den Antrag, die Anwaltskosten als Kosten der Geschäftsführung anzuerkennen, ablehnte, Einwände gegen Lohnabrechnungen

Der Schiffer Sch. war auf einem Lastbagger der Firma T. beschäftigt und nahm seine Lohnsätze ohne Widerspruch in Empfang. Nach der Kündigung klagte er auf Nachzahlung der Differenz zwischen Tarif und wirklich gezahltem Lohn. Da ein Lastbaggertarif nicht vorhanden ist, wurde die Klage abgewiesen. Außerdem hätte Sch. mindestens bei der zweiten Abrechnung sagen müssen, daß er mit dem Lohn nicht einverstanden war.

Etwas anders war der Fall H. gelagert, der gegen die Firma R. klagte. Er nahm sein gekürztes Gehalt monatelang ohne Einwand entgegen, als er gekündigt wurde, beanstandete er das seiner Ansicht nach zu niedrige Gehalt. Er hatte den Erfolg, daß ihm für die Monate nach der Einmündung das volle Gehalt ausgestellt wurde. Der Anspruch für die zurückliegende Zeit wurde abgelehnt.

Wiesack wagt ein Angestellter aus Furcht vor Kündigung keinen Einwand, dann kann er aber später auch nicht seine Ansprüche vor dem AG. einbringen.

Sport tut not!

Von Hermann Heß.

Was hat die deutsche Jugend, an die diese Worte gerichtet sind, von ihrem bisherigen Leben gehabt? Was wird getan, um dem Leben dieser Jugend einen Inhalt zu geben? Aufgewachsen in den Krieges- und Inflationsjahren in den Jahren der körperlichen Verelendung ist sie heute zu zwei Dritteln erwerbslos und nicht instand, das an ihr begangene Verbrechen selbst wieder gutzumachen. Was soll aus dieser Jugend werden, die körperlich und seelisch krank, die mit Nichts unzufrieden ist?

Wir rufen dieser Jugend zu: „Sport tut not“, denn Sport ist Volksgesundung und Selbsterziehung.

Welches ist nun der richtige Sport für die Jugend?

Jeder Sportart hat ihre besonderen Vorteile und ist Bestandteil unseres Kulturlebens. Ein jeder soll den Sport treiben, der ihm am besten zusagt, der ihm am meisten Freude macht und als der schönste und gesundeste erscheint. Der Sport muß die gesamte deutsche Jugend ergreifen, muß der Lebensfrage der ganzen Jugend werden. Nur durch den Sport ist es möglich, dieser Jugend wieder Kraft und Lebensinteresse zu geben, sie körperlich zu schulen und zu fördern.

Die verschiedenen Sportarten sind in drei Arten zu teilen, nämlich: in den eigentlichen Sport, den Wehrsport und den Berufsport. Zum eigentlichen Sport zählen wir z. B. Turnen, Fußball, Handball, Boxen, Tennis usw. also Leibesübungen, die sehr viel zur Volksgesundung beitragen und außerdem der Unterhaltung dienen. Schwimmen, Rufen

den, Jiu-Jitsu, Boxen, Ringen usw. ist Wehrsport und müßte daher von der Jugend dem Vorrang erhalten, weil sie von dieser Sportart noch ganz besondere Vorteile hat, die einem jeden in jeder irdischen Lebenslage zugute kommen. Der Wehrsport ist keinesfalls als Spiel anzusehen, sondern er ist vielmehr eine Waffe, sei es zur Selbstverteidigung, sei es zur Rettung in Not geratener Mitmenschen. Um nur ein Beispiel anzuführen, zähle man die vielen Menschen, die jeden Sommer in größter Todesgefahr von schwimmunfähigen Sportlern gerettet werden, die oft ihr eigenes Leben auf das Spiel setzen. Vom erzweifelhaften Standpunkt aus haben der allgemeine Sport sowie der Wehrsport wohl dieselben Eigenschaften, sie dienen der Volksgesundung und Selbsterziehung.

Eine ganz besondere Stellung nimmt der Berufsport ein. Boxen, Ringen und in einigen Ländern auch Fußball, können bei ganz besonderen Leistungen ihren Mann ernähren. Als Berufsportler gilt derjenige, der um Geldpreise oder mit anderen Berufsportlern um einen Preis kämpft. Die deutsche Sportbehörde fracht ein solches Vergleichen mit dem Ausschluß aus den Amateurbereichen. Berufsportler werden also bei öffentlichen Wettkämpfen solcher Verbände wie z. B. den olympischen Spielen nicht zugelassen, was an und für sich sehr bedauerlich ist, denn gerade die Berufsportler sind es, die durch jahrelanges Trainieren verschiedene Sportzweige auf ihre heutige Höhe gebracht haben.

Und nun heraus, deutsche Jugend, zum Sport und zum Sieg!

Aus der Umgegend

Gastwirte im Abwehrkampf gegen Steuerdruck

Ein einmütiger Protest

Bremerhaven. Der Wirtverein für Bremerhaven und Umgebung hatte eine öffentliche Protestversammlung in der Stadthalle einberufen, um gegen die Einführung der zehnprozentigen Gemeindegaststeuer zu protestieren. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen, in der u. a. gesagt wird, diese Steuer sei verkehrs- und wirtschaftsschädlich, weil sie die Gäste aus den Gaststätten fernhalte, den Reiseverkehr weiter verteuere und die Propaganda für Deutschland und für das Reisen in deutschen Ländern und die in der ganzen Welt geschätzten deutschen Gaststätten beeinträchtige und als Folge davon Personalentlassungen unvermeidlich würden. Dieses aber dürfe, könne und solle nicht Tätigkeit der Stadtvertretung sein. Darum müsse die Gemeindegaststeuer verschwinden. Zum Zeichen des Protestes hatten die Gastwirte von 4 bis 6 Uhr nachmittags ihre Lokale geschlossen.

13-jähriger Jüforgesegling aufgegriffen.

Alchim. Aufgegriffen wurde in Döhlen ein etwa 13-jähriger Schlingens aus Gmelinden, der aus der Erziehungsanstalt in Himmelforten entwichen war. Als der Ausreißer mit der Bahn von Alchim nach Berden gebracht werden sollte, unternahm er kurz vor der Abfahrt des Zuges einen Suizidversuch.

Die Fahne hoch ...

Eberswalde. In der Nacht zum Sonntag wurde von bisher noch unbekannter Seite auf dem etwa 50 Meter hohen massiven Aussichtsturm von Eberswalde, der weithin sichtbar ist und als Wahrzeichen Eberswaldes gilt, eine Fahnenstange dicht unter dem Wirtshausleiter geholt. Die Bemühungen der Polizei, die Fahne zu entfernen, schlugen fehl. Wie die Kletterer die letzten zehn Meter über das schräge Dach genommen haben, kann man sich nicht erklären. Wie die Fahne angeht, wird die Fahne dort hängen bleiben müssen, da es kaum eine Möglichkeit gebe, sie wieder zu entfernen.

Die Deutschnationalen wollen noch immer führen.

Cutin. Im hiesigen Schloßhof fand eine von etwa 600-700 Teilnehmern besuchte Kundgebung des Landvolkes für den Landeseisener Lohndienst, geleitet wurde. Im Verlaufe der Veranstaltung erging das nationalsozialistische Mitglied Wulf das Wort und sprach dem Vorstehen des Landvolkes der Nationalsozialisten aus. Die Nationalsozialisten verließen unter Führung des Hord-Wesfeld-Viebes den Saal und versammelten in einem anderen Lokal eine Oppositionsversammlung, da Wulf das Wort entzogen worden war.

Völkische Kulturtagung in Jena

Jena, 25. Mai.

Die diesjährige Haupttagung der Gesellschaft „Deutscher Staat“ in Jena behandelte das Thema: „Die nationale Freiheitsbewegung und der deutsche Geist“. Ein einleitender Vortrag des Oberfinanzrats Bang beschäftigte sich mit dem „Nationalen Sozialismus“. Bang warnte vor der Unterdrückung des Geistes-Theoretischen in der Politik und formulierte den Begriff des Sozialismus im Sinne Friedrichs des Großen: Ich bin der erste Diener meines Staates.

Die Tagung wandte sich dann spezielleren Kulturproblemen zu und behandelte zuerst das Thema: „Biologische Notwendigkeiten der Kulturpolitik“. Prof. Dr. Fritz Lenz (München) führte dazu aus, daß jede Kulturleistung nur aus dem Boden der Erbmasse, der Rasse erwachsen könne. Eine arbeitsfähige Bevölkerungspolitik sei daher die Voraussetzung für eine vernünftige Kulturpolitik.

Das bereits von Lenz gestreifte Problem des „Kulturholismus“ verdrängte Prof. Dr. Wundt (Jena) zu einem besseren Vor-

trag. Wundt erblickt im Kulturholismus eine Abkämpfung des Geistes für ein artgemäßes Wesen und die Lösung von allen stiftlichen Werten und Maßstäben der Vergangenheit in Kunst, Gesellschaft und Staat.

Der sich anschließende Vortrag von Prof. Dr. Lenz (Erlangen) behandelte das Thema: „Schule und Politik“. Lenz sprach von der Notwendigkeit einer politischen Schulung unserer Hochschulanfänger und wandte sich in scharfen Worten gegen die Unterdrückung der akademischen Freiheit und das überhandnehmende Spezialistentum.

Die begründete Tagung wurde durch einen Vortrag von Prof. Dr. Geißler (Erlangen), der über „Goethe und das deutsche Schicksal“ sprach, in geeigneter Weise abgerundet. Der Vortragende lehnte den flachen weltbürgerlichen Goethe-Kultus ab und zeigte seinen Zuhörern einen Goethe, der in dem mit der französischen Revolution anbrechenden Massenzeitalter die größte Gefahr für eine bodenständige Kultur erblickte und die deutsche Nation aufzuforderte, sich zu sich selbst zu bekennen.

Presse-Journaille enthüllt sich!

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat in einer Entschließung gegen die Ausweisung des sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteurs Seger aus dem Sitzungssaal des anhaltischen Landtags protestiert und gleichzeitig gegen das Verbot der marxistischen „Danziger Volkstimme“ Einspruch erhoben mit der Begründung, daß hier ein „schwerer Eingriff in die Freiheit der politischen Meinung der Presse“ vorliege. In dieser Entschließung stellt der „Völkische Beobachter“ unter obiger Überschrift fest: „Der Abgeordnete Seger wurde aus dem Landtag verwiesen, weil er den politischen Kampf mit den unerschrockenen Augen gegen Adolf Hitler führt und weil er nach nationalsozialistischer Auffassung durch seine freche Verschimpfung der Reichswehr das Recht verwirrt hat, in einem deutschen Parlament Berichtshüter zu sein.“

Dem Vorstand des Reichsverbandes wird es weiterhin nicht unbekannt geblieben sein, daß die sozialdemokratische „Danziger Volkstimme“ auf 3 Monate verboten wurde, weil sie

In unverschämter Weise die Geschäfte der polnischen Kriegesgeher betreibt.

Es wurde im „Völkischen Beobachter“ wiederholt auf die systematische Zusammenarbeit zwischen der polnischen deutschfeindlichen Presse und dem Danziger Marxistenorgan hingewiesen. Der Vorstand des Reichsverbandes hat es bei den über 200 Zerstörungsverboten gegen die nationalsozialistische Presse niemals für notwendig gehalten, hier in einer Entschließung zu einem Einzelfall, etwa zu den lang andauernden Verboten des „Völkischen Beobachters“ oder des „Angriffs“, die jän-

liche unter meist wichtigen Gründen gegeben sind, Stellung zu nehmen und dagegen zu protestieren. Er nimmt aber jetzt einen sozialdemokratischen Reichswehrverleumdung und ein marxistisches Landesverrats-Organ in einer besonderen Entschließung in Schutz. Der Reichsverband hat sich damit selbst gelugungsbedürftig.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1.50, Danzig (80 kg) 5.30; Gerste: Ruffen 9.15 verollt, La Plata 9.10 verollt; Donau 9.00 verollt. Hafer: Rumm. Weizheiser (5 1/2 kg) 9.75; Mais: La Plata 7.55 verollt, Donau Galfor 7.30 verollt. Tendenz ruhig.

Berliner Großhandelspreise

Gemüse Kohlrabi Treibhaus Schock 1.5-5, Freil. 1.5-2.5, Radieschen Schockb. 0.8-1, Meerrettich 50 kg 40-50, Sellerie 20-30, do. gewaschen Schock 22-30, Porree je nach Größe 1.50-4, Petersilie je nach Größe 100 Bd. 3-5, do. mit Wurzel 50 kg 6-10, Salat Treibhaus 100 Kopf 40, do. Freiland 4-8, Spinat 50 kg 3-5, do. Blatt 5-6, Gurken Freiland 100 Stück 15-36, Spargel 150 kg gebündelt 24-30, do. lose 22-27, do. II. gebündelt 12-18, do. lose 10-15, do. III 5-10, do. lose 3-6, do. unsortiert 10-15, Obst Äpfel amerik. Kiste 12.50-16, do. austral. 15-18, Birnen austral. 12-20. Butter. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz sehr als ruhig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde geben zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 109, II. Qualität 102, abfallende Ware 92 RM.

Rundfunk

Donnerstag, 26. Mai. 16 Deutsche Jugendliebe, 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Bringen aus Ausstellungen in der Stadtzeit Förderung? 17.55 Plattenspieler Autorenstunde. 18.30 Deutschmünster, Deutscher, Deutsch. 18.55 Frankfurter Abend, Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 19. Aktuelles Dienst. 19.15 Wetterdienst. 19.20 Wädten Sie nicht rasch Ihr Geld verlieren? 20. Gang vom Rhein. 21.40 Gefang vom Rundfunk. 22. Nachrichtendienst. 22.20 Hamburger Komponisten Abend.

Freitag, 27. Mai. 5.45 Wetterdienst, Landwirtschafsmeldungen. 6. Morgengymnastik. 6.15 Wetterdienst. 6.20 Morgenmusik. 7. Zeitungs- und Wetterdienst. Wiederholung der Abendmeldungen. 8.15 Die Speisekammer im Sommer, Eisbären und Kaffee. 10.50 Vorbereit vom Hamburger Schweinemarkt. 11. Zum Gedächtnis Herz Friedrich. 11.30 Tagesschau. 12. Zeitungs- und Wetterdienst. 13.30 Vorträge. 13.10 Wetterdienst. 13.15 Wetterdienst, Wetter-Wetterdienst, Kriminalmelodien. 13.20 Funtenberg. 14. Nachrichtendienst. 14.10 Meerleben-Schubert. 15. Völkervolk. 15.40 Schiffsahrtstunde.

Geschäftliches

Radium-Präparate

Es ist keine seltene Erscheinung, daß die moderne Medizin in alten Hausmitteln, deren Heilkraft sich durch Generationen im Volk bewiesen hat, den Kern einer neuartigen Theorie erblickt. Ein Schulbeispiel hierfür bildet die Entdeckung des Radiums, das von dem Ehepaar Curie gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts aus der St. Joachimshäuser Uran-Verhölde zum ersten Male isoliert wurde. St. Joachimshäuser, die einzige europäische und bis vor einigen Jahren noch die einzige Fundstelle für radiumhaltige Gesteine überhaupt, hat sich daraufhin in kurzer Zeit als Zentrum der Radiumindustrie mit dieser Sprunghaft entwickelt. Aus der dortigen, in staatlichen Besitz befindlichen Radiumfabrik flammen die separat für diesen Zweck reservierten, mit Radiumelement angereicherten Fraktionen, die zur Herstellung von Radium-Kompressen sowie der Emanationsapparate „Radiumdampf“ Verwendung finden.

Die Radium-Kompressen sind trockene Umschläge, bei denen die radioaktive Substanz in einem durchgenähten Stoffpäckchen befindet, das nochmals in einem wasserdichten Beutel eingekleidet wird.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Berantewortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Lars von Scharf; für den Anzeigenenteil: B. Kottens, sämtlich in Bremen. - Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Für unerwartet eingekommene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist für die Rücksendung nicht verpflichtet. - Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

WOLFGANG MARKEN

Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

25. Fortsetzung

Das gab ein Lachen und war eine Sensation wie noch nie. Vom Mund zu Mund ging die Kunde: „Das hübsche Fräulein vom Drei-Eichen-Hof hat ein „Eichen ohne Eiche“ gepflanzt!“

So etwas war in Pöfelwitz noch nicht vorgekommen.

Alle gratulierten. Dann rechnete der Oberst das Spiel aus, und jeder hatte elf Mark und zehneinhalb Pfennige zu zahlen, denn sie hatten um die Zweier gespielt.

Minna weigerte sich, das Geld zu nehmen, aber schließlich ließ sie sich doch erweichen und nahm das Geld, um es der Wohlhabendsten der Gemeinde zu überreichen.

„Oh, Sie Gefährten! Wehe dem Mann, der Sie einmal trügelt! Sie fluten ihm ja die Seele aus dem Leib!“, sagte Hans Berghoff. „Haben Sie noch mehr solche Talente?“

„Eine ganze Menge. Sie sollen mich noch kennenlernen.“

„Das ist ja reizend. Da kann man ja gespannt sein. Das Mädel ... nein, das Mädel! Spielt Sie das Talent! Spielt Sie das Talent! Spielt Sie das Talent!“, riefen die Talente aus den Reihen! Kaum zu glauben!“

Ober trant die Kapelle auf das Wohl Hans Berghoffs.

Das war ein freigelegter Herr, sicher sehr reich, der gerade den Talent nicht an.

Der Herr Leben.

Hans hatte schmerzhaft festgestellt, daß die Musikanten in einer reizenden Stunde spärlicher als in zwei Stunden lampfahrig sein würden.

Er hatte sich mit Berlin verbinden lassen.

„Kapellmeister Sparrle!“, meldete sich eine tiefe Stimme.

„Sparrle! Kennen Sie mich noch? Hans Berghoff.“

„Ja ... jawohl ... kennen wir! War ein gemüthlicher Abend damals! Was machen Sie denn?“

„Ich fahre in Pöfelwitz!“

„Kenne ich, nicht weit von Eberswalde, was machen Sie denn da?“

„Amihere mich zum Ernstfeld. Ich habe mich eben damit beschäftigt, die Kapelle frei zu kriegen, denn sie spielt schändlich daneben, kein Takt, kein reiner Ton. Hören Sie, Sparrle, Sie müssen sich sofort mit vier oder fünf tüchtigen Musikern ins Auto setzen und nach Pöfelwitz kommen.“

„Kostenfrage Nebensache. Ich will eine anständige Musik haben.“

„Wird gemacht! Klappt wunderbar! Denken Sie, ich habe das verrückte Quartett frei!“

„Was?“

„Ja! Der Finken zahlt nicht, ist seit acht Tagen die Tageshonorare schuldig. Ein Anruf genügt, die kommen sofort. In anderthalb Stunden können wir drauhen sein.“

„Verlasse mich drauf.“

„Sie kennen doch Anton Sparrle. Ein Wort gilt!“

„Dringen Sie Stimmung mit!“

„Vorhanden! Sie wissen doch, ich ziehe meinen Humor auf Flaschen.“

„Jertum, mein Vetter! Sie meinen: Aus Flaschen. Also kommen Sie!“

Hans hingelange an.

Als er das Zimmer betrat und durch die Gasse schritt, ließ er mit dem jungen Horner zusammen, der ihn finstern anfaß.

„Sie haben uns ja eine nette Suppe eingebracht, Herr Berghoff!“, sagte der junge Bauer ärgerlich.

„Das verdammte Rindengeld! Die Musik kann schon bald nicht mehr spielen. Die sehen schon jetzt die Noten doppelt. Wie soll denn das in zwei Stunden werden?“

Hans Berghoff beugte sich schmunzelnd zu Horner und sagte ihm ins Ohr: „Kamoz, daß die Musik lampfahrig wird. Dann hört das Rindengeld auf unsere Ohren und Nerven mal auf.“

„Ja, aber wir wollen doch tanzen!“

„Alles in Ordnung! Von Berlin lasse ich eine

tipptoppe Kapelle kommen, die erstens richtig spielen wird und dann auch für den nötigen Humor sorgt. In einer reizenden Stunde ist sie mit dem Mund da.“

„Aber was macht die Kapelle?“

„Die Herren spielen aus reiner Nächstenliebe“, sagte Hans mit pfeffrigem Gesicht. „Belüsten Sie seine Belustigung Ihres Geldbeutels. Ich gehöre nicht zum Finanzamt.“

Hans schlug ihm freundschaftlich auf die Schulter und verließ die Gasse, das heißt, er wollte es. Aber der brave Hans hatte sich doch seine unvermeidliche gute Laune schon vorher Freunde in Pöfelwitz geschaffen, daß das nicht so leicht ging.

Der Bürgermeister von Pöfelwitz, Herr Edwin Schindler, der mit dem Förster Zimmermann und anderen Honoratioren des Dorfes trotz des schönen Wetters am großen runden Tisch im Gastzimmer saß, hielt ihn an.

„Herr Berghoff, wollen Sie Ihre Freunde nicht begrüßen?“, sagte Schindler jovial.

„Bitte tausendmal um Verzeihung, Herr Bürgermeister, aber ich fahre drauhen mit den nettesten Musikern zusammen, und Sie wissen: Minnegeist geht vor.“

Die Runde lachte, und Schindler hielt Hans am Rockzipfel fest.

„Erst trinken Sie eine Runde mit und plauschen ein Weilchen mit uns. Der Herr Oberförster hat heute auch seinen Nadel mit, von dem er das letzte Mal erzählte.“

Der Herr hat schon ein Glaschen vor Hans hingestellt. Dieser nahm Platz, trant den Herren zu und ließ den Nadel prüfend an.

„Ein hübsches Tier ... ein hübsches Tier ... sehr hübsche Augen ... intelligent, zweifelslos ... aber ich glaube, mein Arno war noch hübscher.“

„Was!“, entrüstete sich der Oberförster. „Sie wollen noch einen hübscheren Hund gehabt haben? Das ist ganz ausgeschlossen!“

„Hund!“, sagte Hans mit dem ernstesten Gesicht der Welt. „Mein Arno war kein Hund.“

„Eine Kape?“

„Nein.“

„Ein Kanarienvogel?“

„Demore.“

„Ein Ziegenbock?“

„Ja ... demore! Also meine Herren, ich

will Ihnen mal die Geschichte von meinem Arno erzählen. Mein Arno war ein Seetier.“

„Alles Schmunzeln, und die Besucher der Gasse waren im Nu um den fideles Mädel versammelt.“

„Also, meine Herren, ich kaufte mir mal einen geräuschvollen Doring. Ich schwärme dafür. Und wie ich den fideles Doring erhalten will, ersuche ich und will meinen Augen nicht trauen. Der arme Kerl ... der lebte noch!“

Eine Lachsalve.

„Jawohl!“, fuhr Hans mit dem ernstesten Gesicht fort. „Da gibt's nichts zu lachen. Der arme Kerl lebte noch und sah mich mit seinen fideles Augen stehend an. Alles Mitleid in mir wurde munter, und ich unternahm alles, um den armen Kerl am Leben zu erhalten. Ich wußte ich erst mit ihm aus, was ihn sehr zu befehlen schien, dann fütterte ich den armen halbverhungerten Kerl.“

„Halbverhungert!“, grunzte der Oberförster, der vor Lachen kaum reden konnte. „Sie sagten doch eben, es war ein fideles Doring.“

„Nur äußerlich.“

Wieder eine Lachsalve.

„Mit was haben Sie ihn denn gefüttert?“

„Mit ... äh ... mit ... äh ... mit Kaviar, jawohl, mit Kaviar. Er wurde ganz zutraulich, fraß aus der Hand und lebte fideles auf. Am nächsten Tag, nachdem er in dem Körbchen, das ich ihm hergerichtet hatte, gut geschlafen hatte, war er ganz munter und turnte lustig im Zimmer herum.“

Hans mußte im Reden eine Pause machen, denn die Bauern brüllten vor Lachen. Hans trug auch mit einer so fideles Ruhe und Ernsthaftigkeit vor, daß sich keiner des Lachens erwehren konnte.

Hans fuhr weiter fort:

„Wir wurden die besten Freunde. Ich nahm ihn mit an meinen Stammtisch, und mein Arno, wie ich ihn genannt habe, wurde der erklärte Tischling aller. Er gab sich, denn alle meine Bekannten bewunderten, ihn mit Kaviar zu füttern.“

„Er bewunderte ihn mal zu verabschieden und bot ihm schmerzhaftes Weinen. Sie hätten den verabschiedeten Arno sehen sollen, meine Herrschaften, den Arno diesem Schollen zuwar.“

Wieder eine donnernde Lachsalve.

(Fortsetzung folgt.)

Von Hans Weberstedt

gebildeten finden wird.



Volk und Wirtschaft



Hilflose Geldwirtschaft

Zu Dr. Luthers Arbeitsplänen — Volksschädigende Gedankengänge

Die nationalsozialistischen Angriffe auf die Untätigkeit der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit haben etwas fertiggebracht, was die Wirtschaftsmacht und die Zahl der Arbeitslosen nicht erreicht hat: Auf allen Seiten wachsende Arbeitsbeschaffungspläne aus dem Boden.

Auch der Reichsbankpräsident Dr. Luthers will nicht in der Reihe derjenigen stehen, die glauben, zu der Sache etwas zu sagen zu haben. Der Beweggrund seiner Denkschrift ist offenbar, die Reichsbank davor zu schützen, daß sie zur Finanzierung irgendwelcher Arbeitsbeschaffungspläne herangezogen wird. Eine merkwürdige Nervosität, wenn man bedenkt, daß der Reichsbank die Einreichung neuer Beschlüsse auf der Grundlage echter, neuer Erzeugung doch nur willkommen sein könnte.

Er faßt seine Vorschläge unter dem Stichwort zusammen:

Geldlose Hilfswirtschaft

Er denkt sie sich im wesentlichen schon, eine großartige Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht dargelegt, so daß so Arbeit geleistet würde, ohne daß dafür mehr aufzuwenden wäre als die Arbeitslosenunterstützung. Einen Teil seiner Vorschläge machen die schon von anderer Seite entwickelten Pläne zu einer Ausstufungswirtschaft zwischen den Arbeitslosen aus, bei der in stillgelegten Betrieben durch die Arbeit von Arbeitslosen Beschäftigung für den Bedarf der Arbeitslosen hergestellt werden sollen.

Diese letzten Gedankengänge einer Ausstufungswirtschaft außerhalb der lebendigen Wirtschaft wurden schon im Zeit Nr. 23 der nationalsozialistischen Monatshefte (neu erschienen als Sonderdruck im Franz-Eher-Verlag) und in unserer Abrechnung mit dem tschechischen Juden Prof. Lederer charakterisiert. Nehmen wir an, daß eine solche Maßnahme wirklich im größeren Maßstabe und ohne unerwünschte Nebenwirkung für die Gesamtwirtschaft zu organisieren wäre, so würde es nichts anderes bedeuten als die Unterernährung der Tausende, die Arbeitslosen aus der lebendigen Wirtschaft ausgegliedert sind. Es würde eine Anerkennung und Festlegung des bisherigen Unrechts sein.

Im übrigen ist aber nicht einzusehen, warum man die Arbeitslosenbeschäftigung nicht viel besser da beginnen lassen soll, wo sie sowieso ist: bei den Gemeinwesen, die notwendig ist für die Ernährung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Denn auf diese Weise, durch normalen Verdienst der so Beschäftigten, würde auch der normale Verbrauch und somit die Beschäftigung in der Verbrauchsgüterindustrie wieder in Gang gesetzt.

Wie immer, bleiben auch jene Gedanken auf halbem Wege stehen:

Man erkennt wohl den Widersinn, daß der Arbeitslose seinen Bedarf nicht befriedigen kann und damit neue Arbeitslose macht, wagt aber nicht den Schluss daraus zu ziehen, daß ein gewisser Anstoß anständiger Arbeit notwendig ist, um auf diese Weise die normale Arbeit der anderen wieder zu erreichen.

Die Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht über den Kreis der Jugendlichen hinaus muß auf das schärfste bekämpft werden. Arbeitsdienstpflicht ist keine Arbeitsbeschaffung. Wir Nationalsozialisten legen den größten Wert auf die Arbeitsdienstpflicht und vertreten ihre pädagogische und wirtschaftliche Bedeutung auf das allerentschiedenste. Der Meinung jedoch, daß mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht die Arbeitslosigkeit entscheidend zu bekämpfen sei, muß durchaus entgegengetreten werden. Arbeitsbeschaffung, d. h. Wiederangliederung der durch Arbeit, Unfähigkeit und volkswirtschaftliche Spekulation geschädigten Wirtschaft kann nur bedeuten: Verrückung der verfügbaren Arbeitskräfte zu Aufgaben, die der Volkswirtschaft soviel wie möglich sind, und die das Ansehen von Arbeitslosen zum normalen Lohnes verdienen.

Der ganze Plan, der durch das verzweifelte

Bemühen um eine unmögliche Lösung geradezu rührend ist, stammt aus einem Denkschrift, der sich etwa in den Worten ausdrückt, wie sie mehrfach von den Vertretern des Systems ausgesprochen worden sind: „An unserer Wahrung lassen wir nicht rütteln.“ Das soll heißen (und in diesem Sinne durchaus zu billigen): Die Stabilität unseres Geldwesens darf unter keinen Umständen gefährdet oder gefährdet werden.

Es heißt aber in Wirklichkeit, und das liegt der schädliche und

überlebensgroße Denkschrift: „An unserer Dameswürde, wie sie zur Zeit ist, darf unter keinen Umständen getrübt werden.“

Deshalb bemüht sich Herr Dr. Luthers um eine Lösung, die schließlich und endlich doch nicht ohne Gottschei, auskommen und ähnliche Hilfsmittel auskommen. In irgendeiner Weise würden die Hilfsmittel dieser geldlosen Hilfswirtschaft doch in Beziehung zu den übrigen Wirtschaft treiben und sie würden doch (zwar entgegen der papierernen Bestimmung, aber dafür unausgesprochen) in der Praxis gefährdet werden. Anders Gedankengänge insbesondere sind aus der Ausstufungswirtschaft erwachsen, in der das Geld das Mittel der Wirtschaftsentfaltung ist. Solange Gedankengänge müssen naturgemäß dazu führen, alle Arbeitsbeschaffung nur unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsentfaltung zu betrachten. Man wird den Ausweg aus der Erfahrung erst dann sehen, wenn man begreift, daß Wirtschaftsentfaltung nur durch Verrückung der Arbeit möglich ist.

Schlichtungs-Verhandlungen im Ruhrbergbau am 30. Mai

Esien, 25. Mai. Die für Mittwoch, den 24. Mai, vorgezeichneten Schlichtungsverhandlungen über Lohnordnung und Mantelarbeit im Ruhrbergbau sind auf Montag, den 30. Mai, verlagert worden. Wie man hört, wird der Schlichter, der zur Zeit in Berlin weilt, vor den Verhandlungen mit den Parteien nochmals Fühlung nehmen.

an als Hilfsarbeiter, Sekretär, Nachtwächter oder was es sei. Jeder kann ich nicht mehr, da ich kein Geld habe. Ich muß jetzt zunächst alles verlassen, um erst einmal mehr verdienen zu können. Wie ich ermahnte, retteten sie sich ein kleines Häuschen. Als meine Frau und ich die Stunden nicht mehr bezahlen konnten, gaben die Gläubiger an das Haus meiner Eltern. Nun ist das Haus zum Verkauf freigegeben worden, weil meine Eltern für eine Hypothek von 700 Mark die Hufen nicht haben zahlen können. Ich weiß keine Hilfe mehr. Meine Frau und ich bleiben nichts mehr, wir haben alles, was wir an Hab und Gut besitzen, verkauft. (sogar unsere Betten), um die Gläubiger zu befriedigen. Es reicht. Nun laßt meine armen Eltern, die in Eilen aram geworden sind, auf die Straße geworfen werden. Das Herz der Gläubiger zu rühren, war zwecklos. Ich glaube, die haben kein Herz — es sind ja „den.“ (Gedächtnisrede von Herr Parrot, ich bitte nicht für mich. Ich muß als Sohn helfen. Ich will und kann arbeiten. Können Sie für mich ein Großmutter aufnehmen? Bitterkeit hat es Erfolg. Es wäre schrecklich, wenn es zur Verheiratung käme. Mein Vater befreit einige Ehrenämter, durch die er mit Mutter und einer Tante durch den Lebensunterhalt befreit. Dann würde es viele weiter verlieren.)

So gehen im 14. Jahre des Weimarer Systems! Kommentar überflüssig!

Margariten-Gewerkschaften auf Diebespfaden

Berlin, 25. Mai. In Bochum hielt am 24. Mai die freigewerkschaftliche Verhandlung der Bergbau-Industrie-Verbandsleiter eine Vertretertagung ab, in der der Bundesarbeitsrat, Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann die Vertretung der Bergbau-Industrie forderte. Die Kritik, so führte er aus, habe die Verhältnisse im Bergbau so verschärft, daß es im Interesse des ganzen Volkes liegt, die Staatsgefährlichkeit der Bergbau-Konzerne durch Verstaatlichung des Bergbaues zu beseitigen.

Punkt 19 des nationalsozialistischen Programms vom Jahre 1920 lautet: „Wir fordern die Verstaatlichung aller bereits verstaatlichten Betriebe.“ Es ist reizvoll, daß sich nun auf einmal, wo sie keinen anderen Ausweg mehr finden, die freien Gewerkschaften zum Programm des NSDAP bekennen!

Zur Devisen-Verordnung

Berlin, 25. Mai. Die 12. Durchführungsverordnung zur Devisen-Verordnung ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden. Die wichtigste Bestimmung in dieser Verordnung ist der § 2, der sich auf den Reichsmark-Zahlungsscheck im Ausland für Rechnung von Ausländern bezieht. Nach § 5 müssen Werte der Reichsbank angeboten und übertragen werden, auch wenn sie die Genehmigung der Devisen-Verwaltungsstelle erworben haben, wenn der Verwendungszweck sich später ändert.

In Kürze

Vor Schutzmaßnahmen für die italienische Ausfuhr.

Rom, 25. Mai. Im Außenministerium trat am Montag die Epochenversammlung von Handel, Wirtschaft und Industrie im Beisein des Außenministers, des Finanzministers, des Korporationsministers, des Staatssekretärs für Landwirtschaft und des Gouverneurs der Bank von Italien sowie der Vertreter der Zollpolizei zusammen. Zweck der Versammlung war die Prüfung der Lage, die durch die von der deutschen Regierung getroffenen Devisenmaßnahmen entstanden ist.

Es stimmt was nicht mit „Apfelbaum“.

Berlin, 25. Mai. Die Kriminalpolizei nahm am Montag aufgrund mehrerer Anzeigen den Generaldirektor der Vereinigten Kraftenergieversorgungs A.-G. Dr. Julius Apfelbaum und den Bankier Heinz Borchardt, Rittmayer des Bankhauses Hamborn & von Hammermann vorläufig fest. Den gegen sie erhobenen Anzeigen wird ihnen Betrug und Untreue vorgeworfen.

Opfer des Systems

Ein Notschrei aus Tausenden — Das ist das Leben in „Schönheit u. Würde“

Düsseldorf, 25. Mai. Im dem engl. Wochenblatt „Light & Tension, Elsevier“, Nr. 18, Seite 281, lesen wir:

„Im Sommer 1929 verlor mein Vater infolge der katastrophalen Wirtschaftslage seine beiden Besitztungen (ein Reichsgrundstück, seit Jahrzehnten in der Familie, und ein Wohnhaus, seit 1865 in unserem Besitz). Der Verlust war herbeigeführt durch die Verflechtung mit den wirtschaftsdrückenden Hypothekendarlehen-Duplikaten und eine Hochwasserkatastrophe. Alles, was meine Eltern sich in jahrelanger Fleißarbeit hatten, ging in fremde Hände. Sie retteten sich nur ein kleines Häuschen, in dem sie jetzt kümmerlich ihr Dasein fristen. Meine Frau und ich padieren nun, getrieben von der Sorge um meine armen Eltern und um unsere Jungen, unter harten Bedingungen die Mühle. Wir hatten schwer zu kämpfen; aber Gott war unsere Stärke, und es ging. Um meinem Vater die Sorgen abzunehmen, übernahmen wir alle Schulden von ihm. Als wir nun 1 1/2 Jahre gewirtschaftet hatten und uns schon über den sogenannten Verzweiflungspunkt zu erheben, ereignete sich ein Unglück. Einige von unseren Maßnahmen gingen in Konkurs, und

unter unserem Viehbestand brach eine Seuche aus. Wir verloren Geld, konnten die Pacht und die alten Schulden der Eltern nicht mehr zahlen. Unser Vieh, unser Feuer- und Frachtfuhrwerk wurde abgekauft, und im Weihnacht 1930 lag auch ich und meine Frau auf der Strede. Nun hatte ich meine Heimat, die ich über alles liebte, ganz verloren. Hilfe oder Unterstützung von irgendeiner Seite war nicht zu erhalten. Das Schicksal war das untere Ende der Verarmten-Hierarchie. Eine Familie, die stets gelitten hatte, war jetzt arm und hilflos. Freunde zu gewinnen, um mit diesen gemeinsam eine Existenz zu gründen, erwies sich als Utopie. Als ich schließlich war auf Erden, wollten viele meine Freunde werden, als ich aber kam in Not, waren alle meine Freunde tot!

Meine Frau nahm die Stelle einer Hausdame ein, soll jetzt aber auch durch Abbau ein Opfer der Notverordnungen werden. Ich ging vor 1 1/2 Jahren in mein Vaterland, für das ich 4 Jahre gekämpft und gelitten habe (ich war Artillerie-Offizier), um mir eine Stelle zu finden; es war keine zu finden. Wohl 200 Gelüste schrieb ich — umsonst. Ich nehme jede Stelle

Wieder nur „Sanierung“ der Arbeitslosen-Versicherung

Erst die nat.-soz. Wirtschaftspolitik wird für Arbeitsbeschaffung sorgen u. der Verelendung entgegenwirken

Berlin, 25. Mai. Aus der lebhaften Erörterung von Arbeitsbeschaffungsplänen in den letzten Wochen hat mancher die Hoffnung geschöpft, daß die Regierung aus ihren Fehlern und Verirrungen nicht endlich, wenn auch in jeder Hinsicht zu spät, etwas gelernt habe. Leider ist unsere immer wiederholte Feststellung aus neuer Beweiskraft geworden, daß die ganze Sorge der Regierung nicht etwa darauf gerichtet ist, wie den Millionen Entrechteten und Hungernen geholfen, wie der wirtschaftliche Wahnsinn der Arbeitslosigkeit in Ordnung gebracht werden kann, sondern einzig und allein darauf, wie die Arbeitslosenversicherung noch einmal vor dem offensichtlichen Zusammenbruch bewahrt werden könne.

Wir haben 4 Wochen nach dem Abschluß der großen Reichstagskämpfe. In dieser Zeit hat die Reichsregierung an wirtschaftlicher Arbeitsbeschaffung noch nicht einen Cent fertiggebracht. Und das Ergebnis aller eifrigen Verhandlungen und Maßnahmen ist vorläufig, also kurz vor Sommerbeginn, nichts als eine

Verchiebung der Lasten von der Arbeitslosenversicherung auf die Krisenunterstützung und eine Notabgabe, die sich als Verdoppelung der Krisensteuer auswirkt.

Die amtlichen Verlautbarungen möchten den Eindruck erwecken, als ob die Arbeitslosen trotz der Verkürzung der Unterstützungszeit ebenso gut fänden wie bisher, da sie ja um so länger in der Krisenfristorgie betreten werden sollen und da deren Sätze denen der Arbeits-

losenversicherung angeglichen werden. Dies wird ja wohl nicht nach oben, sondern nach unten gehen. Wer aber zudem weiß, mit welcher Hartnäckigkeit die mit der Aufnahme von Erwerbslosen in die Krisenfristorgie befaßten Stellen jeden einzelnen Fall nach Möglichkeit zunächst einmal abzuheilen suchen (und dieses offenbar auf höhere Befehle), wer weiß, wie schwer es für den Erwerbslosen ist, der Unterstützung durch die Krisenfristorgie teilhaftig zu werden, der weiß auch, daß die Veränderung der Bestimmungen eine verzerrte Verschlechterung für weitere Sonderleistungen von Volksgenossen bedeutet, die des Rechts auf Arbeit beraubt sind und nunmehr auch des versicherungsmäßigen Rechts auf Unterstützung beraubt werden.

Wir haben uns stets mit aller Entschiedenheit für die Notwendigkeit bekämpft, daß der unverschämte ins Unendliche geratene Volksgenuß von der Gesamtheit des Volkes unterstützt werden muß. Wir haben aber immer darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit hierzu um so mehr schwinden muß, je weniger in der Gesamtwirtschaft Arbeit geleistet wird. Die Arbeitslosen können nur von dem leben, was die anderen, die noch arbeiten, schaffen. Um nur ihre versicherungsmäßigen Pflichten gegen die Arbeitslosen zu erfüllen, mußte eben die Regierung unter allen Umständen dafür sorgen, daß Arbeit geleistet wird, nicht aber die Arbeitslosigkeit in der Hoffnung auf „Umkehr der Konjunkturwelle“ oder „internationale Hilfe“ untätig nachsahen und weiterwachsen lassen.

Eine neue Belastung der Wirtschaft —

und dies ist die Verlängerung der Krisenfrist unter allen Umständen in erheblichem Ausmaße, auch wenn die Sätze selbst, wie von der Regierung betont wird, nicht erhöht werden — würde sich nur unter einem einzigen Gesichtspunkt rechtfertigen lassen: wenn nämlich das Auskommen aus einer solchen Belastung reiflos für Arbeitsbeschaffung verwendet würde. Mit anderen Worten: wenn eine Regierung sich schon stark genug fühlt, dem Volke neue Opfer zu zuzumuten, dann müßte sie unter allen Umständen dies nur zur Angriffschloß gegen das Elend fordern, niemals aber, um lediglich die Verwaltungskosten des Elends aufzubringen.

Die Beträge, die man sich von der Krisenfrist erwarten darf, müssen notwendig hinter dem Aufsat zurückbleiben, da zwischen der Leistung der Volkswirtschaft auf neue zurückgegangen ist. Dazu kommt noch, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Krisenfrist nicht von den stärksten, sondern von den schwächsten Schichten der Bevölkerung die Opfer verlangen, die zur Erhaltung der Arbeitslosen unvermeidlich sind, solange die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt ist.

Es wird eine der ersten Aufgaben der nationalsozialistischen Steuerpolitik sein, diese Lasten gerecht zu verteilen, daß nicht die schwächsten wirtschaftlichen Kräfte gerade am meisten die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik dafür tragen, daß die Solidarität der Schichten sich in Arbeitsbeschaffung für alle auswirkt, nicht aber in immer breiterer Verelendung aller!